

Jetzt!

DIE LINKE.



Janine Wissler und Dietmar Bartsch
führen DIE LINKE in die Bundestagswahl.
Das große Interview auf Seite 3

Dafür setzen wir uns ein:

- ✓ 13 Euro Mindestlohn
- ✓ Mietendeckel gegen Mieterhöhungen
- ✓ Vermögensteuer für Millionäre, um in Bildung, Gesundheit und Klimaschutz zu investieren
- ✓ Rente ab 65 Jahre, 1.200 Euro Mindestrente
- ✓ Grundlos befristete Arbeitsverträge abschaffen
- ✓ Statt Hartz IV: Mindesteinkommen von 1.200 Euro
- ✓ Mehr Personal und bessere Bezahlung in Krankenhäusern und Pflegeheimen
- ✓ Industrie klimaneutral bis 2035
- ✓ Waffenexporte verbieten

Für soziale Gerechtigkeit

Es muss sich etwas ändern in diesem Land. Die Mieten steigen seit Jahren schneller als Löhne und Renten. Immer mehr Menschen droht Altersarmut. Drei Millionen Kinder wachsen in Armut auf. Dabei leben wir in einem reichen Land. Manager*innen verdienen Millionen und Konzerne schütten Dividenden aus, während sie gleichzeitig Kurzarbeitergeld kassieren. Ihre Interessen haben Vorfahrt vor Mensch und Natur. Deshalb geht es ungerecht

Reiche sind während Corona noch reicher geworden. Wir wollen das Geld zurück! Für eine soziale und ökologische Zukunft für alle. Seite 8

zu und der Kampf gegen den Klimawandel kommt nicht voran. Obwohl Millionen Menschen auf der Flucht sind, exportiert die Bundesregierung weiter Waffen und steckt Milliarden in die Aufrüstung. Das ist Deutschland nach 16 Jahren CDU-Regierung. Wir sagen: Die CDU muss endlich in die Opposition! Wenn es besser sein soll, muss es anderes werden. Das geht nur durch eine andere Politik. DIE LINKE macht Politik für die Vielen,

die den Laden am Laufen halten, nicht für die Wenigen, die sich bereichern. Löhne und Renten sollen steigen, damit Menschen ohne Angst vor Armut leben können. Krankenhäuser sollen Menschen gesund machen, statt Gewinne abzuwerfen. Millionäre und Konzerne sollen sich endlich wieder angemessen an der Finanzierung der Aufgaben beteiligen, die für uns alle wichtig sind. Dann ist Geld genug da. Für gute Kitas und Schulen, für Schwimmbäder und schöne Parks, für moderne Busse und Bahnen, für den ökologischen Umbau unserer Wirtschaft. Wählen Sie deshalb DIE LINKE. Für soziale Sicherheit, Frieden und Klimagerechtigkeit. Jetzt!

Gesundheit ist keine Ware!

In Krankenhäusern und Pflegeheimen herrscht Notstand. Stationen sind unterbesetzt, Pflegekräfte halten den Stress nicht mehr aus und verlassen den Beruf. In der Corona-Krise sind die Mängel offensichtlich geworden. Jahrelang wurden die Krankenhäuser und Pflegeheime auf Profit getrimmt. Das Gesundheitswesen ist zum Tummelplatz von Konzernen verkommen. DIE LINKE will das ändern. Krankenhäuser sollen gesund machen, statt Gewinne abzuwerfen. Wir brauchen dringend neue Pflegekräfte. Seite 2



Am 26. September DIE LINKE wählen

Ihre Stimme zählt! Falls Sie am Wahltag verhindert sind, können Sie ihre Stimme schon vorher per Brief abgeben. Doch die Verfahren können kompliziert sein. Das muss nicht sein. Tragen Sie sich in unseren Briefwahlwecker ein und wir werden Sie rechtzeitig informieren: www.briefwahlwecker.de

Jetzt
Briefwahl!

Unser Preisrätsel

Klimabewusst unterwegs: Gewinnen Sie ein brandneues E-Bike oder einen Reisegutschein für die Deutsche Bahn bei unserem Preisrätsel auf Seite 5.

Personalmangel gefährdet Ihre Gesundheit

Schluss mit dem Pflegenotstand – DIE LINKE will 200 000 neue Stellen für Krankenhäuser und Pflegeheime.

Deborah Pihan liebt ihren Beruf – und verzweifelt an ihm. Die 36-Jährige ist Gesundheitspflegerin am Klinikum Erlangen und brennt dafür, Menschen zu helfen. »Es ist mein Traumjob«, sagt sie, »aber es ist verdammt hart, dass ich ihn immer seltener so ausüben kann, wie es die Patient*innen verdienen.« Schuld ist der Personalmangel: Zeitdruck und Hetze bestimmen ihren Arbeitsalltag. »Am meisten leiden darunter die Patient*innen«, sagt sie. Mindestens 100 000 Fachkräfte fehlen in deutschen Krankenhäusern. Überall versuchen Pflegekräfte, die Personallücken mit persönlichem Einsatz zu füllen – oft über ihre Kräfte hinaus. Rund eine halbe Million von ihnen hat in den vergangenen 20 Jahren den Job geschmissen. Viele von ihnen würden gerne in ihren Beruf zurückkehren, wenn Arbeitsbedingungen und Löhne besser wären.



»Ich wähle DIE LINKE, weil es höchste Zeit ist, dass es im Krankenhaus nicht mehr um Profite, sondern um Patient*innen geht!«
Dana Lützkendorf,
Intensivpflegerin

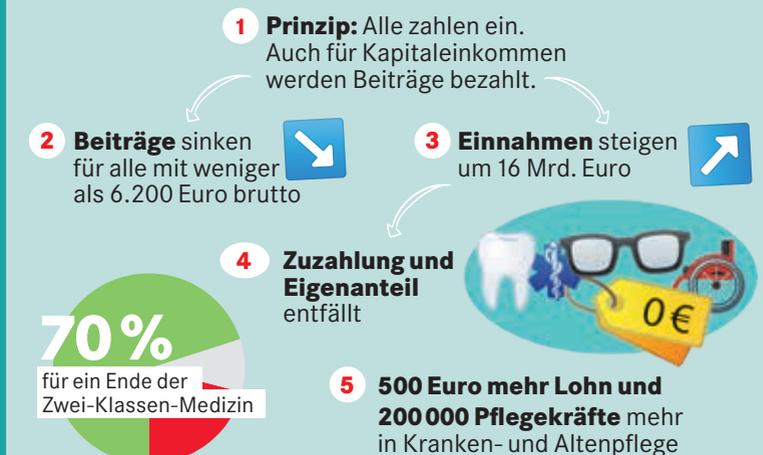
DIE LINKE will diese Entwicklung umkehren und den Personalnotstand beenden: Sie will per Gesetz dafür sorgen, dass in allen Kliniken ausreichend Personal zum Einsatz kommt. Pflegekräfte erhalten künftig monatlich 500 Euro mehr. Krankenhäuser sollen wieder gesund machen, statt Gewinne abzuwerfen. Sie gehören in öffentliche oder gemeinnützige Hand. Ihre Finanzierung muss sich nach dem Bedarf richten. Dazu dient die Solidarische Gesundheitsversicherung: Sie beendet die Zwei-Klassen-Medizin und sorgt dafür, dass ausreichend Pflegepersonal für die bestmögliche Gesundheitsversorgung bezahlt werden kann. Das nutzt Pflegekräften und Patient*innen.

Doch warum ist das so? Unser Gesundheitssystem wurde gnadenlos auf Profit getrimmt. Hunderte Krankenhäuser mussten schließen oder wurden an private Konzerne verkauft. Kliniken erhalten für jede Diagnose einen Festbetrag, eine Fallpauschale. Operationen an Hüfte und Knie bringen Gewinne, andere Behandlungen rechnen sich nicht mehr. Für Krankenhäuser ist es lukrativ, möglichst viele Fälle in kurzer Zeit mit möglichst wenig Personal zu behandeln. Für die Versorgung von Patient*innen ist das eine Katastrophe, für private Konzerne hingegen ein gutes Geschäft. Der Personalmangel ist also gewollt.

In der Altenpflege fehlen rund 100 000 Pfleger*innen. Mit Pflegeheimen machen private Unternehmen hohe Gewinne. Der Eigenanteil beträgt mitunter mehr als 2.000 Euro. DIE LINKE setzt sich für eine solidarische Pflegevollversicherung ein: Wenn alle entsprechend ihres Einkommens einzahlen, entfallen die Eigenanteile für alle.



Solidarische Gesundheits- und Pflegeversicherung



linksaktiv.de



Mach mit – beim Wahlkampf und bei Aktionen
 Linksaktiv ist unser Aktionsnetzwerk. Ob Wahlkampf, Aktionen oder Protest, ob für Klimaschutz, faire Mieten oder gegen Rassismus. Linksaktive reden nicht nur, sie tun was. Macht das Land gerecht und werdet jetzt www.linksaktiv.de

Gute Löhne für alle!

Für die Verkäuferin Farina Kerekes war die Corona-Zeit hart: Hamsterkäufe, entnervte Kunden und die Angst vorm Virus. Dabei ging es vielen ihrer Kolleg*innen im Einzelhandel noch schlechter: »Viele verdienen so wenig, dass sie beim Amt aufstocken müssen«. Die Beschäftigten in der Gastronomie hatten ebenfalls große Probleme. Lourenço Madeira arbeitet als Kellner in Stuttgart und hat erlebt, »wie Kolleg*innen ins Straucheln geraten sind«. Zwar gab es Kurzarbeitergeld, doch das betrug anfangs nur 60 Prozent. Von den niedrigen Löhnen blieb nach Abzug der teuren Stuttgarter Mieten nicht mehr viel übrig. Fakt ist: Die Beschäftigten aus dem Niedriglohnssektor traf die

Krise besonders stark. Eine Million Menschen verloren ihren Job. Wer ohne Tarifvertrag arbeitete, hatte schmerzhaft Einbußen. So mussten Beschäftigte bei einem Autzulieferer anfangs ihre Arbeitszeitkonten ins Negative laufen lassen, dann kam Kurzarbeit. Der Konzern, für den sie die Teile liefern, hat seinen Aktionären Dividenden in Milliardenhöhe ausgezahlt. Doch weil die Beschäftigten für eine Werkvertragsfirma arbeiteten, verdienen sie gerade mal ein Drittel vom Facharbeiterlohn im Großkonzern. DIE LINKE will, dass der erarbeitete Reichtum auch zu guten Löhnen und sicheren Arbeitsverhältnissen führt. Tarifverträge für alle! Kein Lohn unter 13 Euro pro Stunde und scharfe



Farina Kerekes will von ihrer Arbeit als Verkäuferin gut leben können.

Kontrollen, damit niemand um seinen Mindestlohn betrogen wird! Wir wollen, dass die Arbeit um das Leben kreist, nicht das Leben um die Arbeit. Wir wollen Arbeit, die ausreichend Zeit für Familie, Freunde und Freizeit lässt – mit kürzeren Arbeitszeiten und vollem Lohnausgleich.

Impressum

Herausgeberin: DIE LINKE,
 Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
 V.i.S.d.P. Jörg Schindler,
 Bundesgeschäftsführer
 Druck: Mediaservice GmbH
 Redaktionsschluss: 16. Juli 2021

»Wir machen uns stark für Gerechtigkeit«

Janine Wissler und Dietmar Bartsch führen DIE LINKE in die Bundestagswahl und haben große Ziele.

Janine Wissler
ist Vorsitzende der Partei DIE LINKE. Die 40-jährige Politikwissenschaftlerin lebt in Frankfurt am Main in Hessen.

Dietmar Bartsch
ist Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Bundestag. Der 63-jährige Ökonom stammt aus Stralsund in Mecklenburg-Vorpommern.



Krankenhaus soll Menschen gesund machen, nicht Profite abwerfen. **Bartsch:** Bei uns stehen die Bürgerinnen und Bürger im Mittelpunkt, nicht Konzerninteressen. Wir wollen das beste Bildungssystem der Welt statt immer mehr Aufrüstung. Uns bedroht keine Armee, sondern soziale Ungerechtigkeit.

Was bedeutet das konkret?

Wissler: Unser Ziel ist, dass in einem so reichen Land niemand in Armut leben muss. Deshalb hat DIE LINKE Konzepte für eine Mindestsicherung und eine solidarische Mindestrente entwickelt. Außerdem muss man von der eigenen Arbeit leben können. Deswegen wollen wir Tarifverträge stärken und der Mindestlohn muss auf 13 Euro steigen. **Bartsch:** Die Zwei-Klassen-Medizin wollen wir abschaffen und die gesetzliche Rente stärken. Die Regel muss lauten: Alle zahlen ein! In Österreich sind die Renten im Durchschnitt 800 Euro höher, weil alle einzahlen. Bund und Länder müssen dringend investieren in Kitas und Schulen, in die Digitalisierung, den Ausbau von Bus und Bahn. Wir brauchen bezahlbare Wohnungen und einen bundesweiten Mietendeckel.

Welche Ziele verfolgt

DIE LINKE beim Klimaschutz?

Bartsch: Heizen, Strom und Sprit werden immer teurer. Das ist Alibi-Politik, kein Klimaschutz. Mit unserem Programm erfüllen wir die Pariser Klimaziele. Wir stehen für einen wirksamen Klimaschutz, der den Bürgerinnen und Bürgern nicht immer tiefer in die Tasche greift, sondern die Verursacher in die Pflicht nimmt und Alternativen schafft, statt Alternativloses immer teurer zu machen.

Welches Versprechen geben Sie den Menschen?

Wissler: DIE LINKE bleibt eine Friedenspartei, die für ein Verbot von Waffenexporten und für Abrüstung statt Aufrüstung eintritt.

Bartsch: Dass es mit uns einen Politikwechsel und kein Weiter so gibt. Alle anderen Parteien sind bereit mit CDU/CSU zu koalieren. Wir 100-prozentig nicht. Wer uns wählt, wacht nicht mit Laschet oder Lindner wieder auf.

Was bekomme ich, wenn ich bei der Bundestagswahl am 26. September für DIE LINKE stimme?

Janine Wissler: Ein Team, das sich stark macht für soziale Sicherheit, Frieden und Klimagerechtigkeit. Eine politische Kraft im Bundestag, die den Finger in die Wunde legt, Alternativen aufzeigt und einen

Politikwechsel erreichen will. Denn so wie bisher kann es nicht weitergehen.

Inwiefern?

Dietmar Bartsch: Wir wollen Entlastungen für die Mehrheit und Leistungsgerechtigkeit. Die meisten Menschen in Deutschland verdienen zu wenig und zahlen zu viel. Mit unserem Steuerkonzept haben Durchschnittsverdiener rund 100 Euro im Monat mehr in der Tasche. Insgesamt brauchen wir höhere Löhne und höhere Renten – u. a. eine Rentenkasse, in die alle einzahlen.

»Bei uns stehen die Bürgerinnen und Bürger im Mittelpunkt, nicht Konzerninteressen.«

DIETMAR BARTSCH

Deutschland ist doch vergleichsweise gut durch die Pandemie gekommen.

Wissler: Einige schon, für viele Menschen gilt das aber nicht. Mehr als 90 000 Menschen sind gestorben. Kinder durften nicht zur Kita und zur Schule, aber ihre Eltern mussten trotz Infektionsgefahr in Großraumbüros und Lagerhallen arbeiten. Während die Regierung die Eigentümer vieler Konzerne mit Steuergeld überhäufte, haben eine Million Beschäftigte ihren Arbeitsplatz verloren und viele haben große Existenzsorgen.

Bartsch: Die Große Koalition hinterlässt das Land sozial, kulturell und politisch tief gespalten. Gut durch die Krise gekommen sind besonders Abgeordnete der Union, die sich mit Maskendeals Millionen in die Taschen gesteckt haben und die Milliardäre dieses Landes, deren Reichtum explodiert ist. Gleichzeitig waren Familien und Kinder

der blinde Fleck der Pandemiebekämpfung und viele Selbstständige standen Monate ohne Hilfen im Regen.

Wissler: Zudem steht jetzt die nächste große Frage an: Wer zahlt für all die Milliardenhilfen? Auch darum geht es bei der Bundestagswahl.

Welche Vorschläge macht DIE LINKE?

Bartsch: Wir wollen das Grundgesetz anwenden. Das sieht die Möglichkeit einer einmaligen Vermögensabgabe ausdrücklich vor. Würde nur 0,7 Prozent der Bevölkerung treffen und dafür sorgen, dass nach der Krise nicht die Axt an Sozialleistungen, Renten und Investitionen in Kitas oder Schwimmbäder gelegt wird. Unser Vorschlag ist ein Gebot der Fairness.

Wissler: Eine weitere Lehre aus Corona ist: Viele gesellschaftliche Bereiche sind zu wichtig, um sie dem Markt und Wettbewerb preiszugeben. Das gilt auch für Gesundheit und Pflege. Ein

»Unser Ziel ist, dass in einem so reichen Land niemand in Armut leben muss.«

JANINE WISSLER



Daniel Seiffert (2)



Solidarisch aus der Krise

Die Pandemie hat einmal mehr gezeigt, wie wichtig eine starke LINKE ist. Die anderen Parteien haben die Interessen der Beschäftigten, der Arbeitslosen, der Rentnerinnen und Rentner aus dem Blick verloren. Die Bundesregierung schnürt üppige Hilfspakete für Großkonzerne wie die Lufthansa oder TUI. Beim Einzelhandel und in der Gastronomie wird genaues und verzögert. Familien werden mit bescheidenen Einmalzahlungen abgespeist. Das Ergebnis dieser Politik ist eine Zunahme der sozialen Spaltung. Die niedrigsten Einkommensgruppen haben am meisten verloren, während am oberen Ende sogar gewonnen haben. Konzerne dürfen satte Dividenden ausschütten, während sie gleichzeitig aus der Steuerkasse Unterstützungsleistungen erhalten. Kinder und Jugendliche mussten dramatische Einschränkungen hinnehmen, damit Großraumbüros und Werkshallen offenbleiben können. Dass es nicht noch schlimmer gekommen ist, hat auch mit dem Druck zu tun, den DIE LINKE auf Bundes- und Landesebene immer wieder aufgebaut hat, etwa bei der Verlängerung des Kurzarbeitergeldes und den Überbrückungshilfen für Kleinunternehmer. An ihrer Krisenpolitik und an ihren Ideen für eine Gesellschaft nach Corona werden sich die Parteien bei der Bundestagswahl messen lassen müssen. Wir stehen für einen solidarischen

Weg: Die Gesundheit der Menschen, der Erhalt guter Arbeitsplätze und das Wohlergehen der Kinder zählen mehr als die Profite der Konzerne!

Das Kurzarbeitergeld und den Mindestlohn wollen wir deutlich erhöhen, damit Corona nicht für Millionen Menschen zur Armutsfalle wird. Im April 2020 hatten in Rheinland-Pfalz 39 Prozent der Betriebe Kurzarbeiter angemeldet – was für tausende Beschäftigte herbe Einkommensverluste bedeutete. Fast ein Viertel der Beschäftigten in unserem Bundesland ist im Niedriglohnsektor tätig. Das muss sich ändern, auch durch ein Zurückdrängen prekärer Beschäftigungsformen! Gute Arbeitsplätze müssen durch öffentliche Investitionen in zukunftsfähige Wirtschaftszweige und den Umbau der Industrie geschaffen werden. Dabei muss klar sein: Wer wie die Opel-Batteriezellenfabrik in Kaiserslautern Fördergelder bekommt, muss Mitbestimmung und Tarifverträge sowie den Erhalt bestehender Arbeitsplätze sichern.

Das Gesundheitssystem muss ausgebaut werden. Keine Krankenhäuser dürfen mehr geschlossen werden! Auch in Rheinland-Pfalz stehen trotz Corona mehrere Hospitäler vor dem Aus. Altersarmut muss durch eine Mindestrente von 1.200 Euro unterbunden werden!

Natürlich gehört zu Solidarität auch, dass die Unterstützung der Schwachen



DIE LINKE steht für ein solidarisches Miteinander, denn zusammen sind wir stärker.

von den Starken finanziert wird. Zurecht wurde die »schwarze Null« über Bord geworfen. Um die Krisenlasten gerecht zu verteilen, brauchen wir nun eine Vermögensabgabe, durch die auch die Millionäre ihren Beitrag zum Wohl der Allgemeinheit leisten! Zudem muss die nächste Bundesregierung den Kampf gegen Steuerflucht aufnehmen und sich international für Mindeststandards bei den Unternehmenssteuern einsetzen.



Alexander Ulrich
Wahlkreis 209 Kaiserslautern,
50 Jahre, ist Werkzeugmacher
und Parlamentarischer
Geschäftsführer DIE LINKE
und kandidiert auf Listenplatz 1

Kinderarmut? Nicht mit uns!

Die Zahlen sind alarmierend: Fast drei Millionen Kinder wachsen hierzulande in Armut auf. Das ist eine Schande für ein so reiches Land und muss ein Ende haben. Darum brauchen wir entschlossene politische Maßnahmen, um die Armut zu bekämpfen. Dazu gehören bessere Löhne für die Eltern, eine arbeitsfeste Grundsicherung und eine Kindergrundsicherung.

Armut hat ganz konkrete Auswirkungen auf die Entwicklung, die Gesundheit und die Bildung von Kindern. Kinder, die in Armut leben, haben schlechte Zukunftsperspektiven. So hängt der Bildungserfolg in Deutschland stärker vom Geldbeutel der Eltern ab, als in fast jedem anderen europäischen Land. Kinder können von zu Hause aus kaum die nötige Unterstützung erhalten, wenn es an Geld fehlt. Zugleich werden Bibliotheken, Schwimmbäder und Freizeit- und Kultureinrichtungen geschlossen, weil die Kommunen sparen müssen. Wenn das Geld für den Kinobesuch oder die Disco fehlt, sind Kinder von Unternehmungen mit Freunden ausgeschlossen, Einladungen zum Geburtstag werden ausgeschlagen, weil das Geld für ein Geschenk fehlt. Ein Teufelskreis: Weil den Eltern das Geld fehlt, haben die Kinder weniger soziale Kontakte. Schon Kinder erleben damit das Gefühl, abgehängt zu sein. Die Armut wird durch die katas-



trophale Sozial- und Arbeitsmarktpolitik verschärft. Grüne und SPD haben mit den Hartz-Gesetzen einen großen Niedriglohnsektor in der Bundesrepu-

blik etabliert. Allein in Rheinland-Pfalz arbeitet fast jeder vierte Beschäftigte im Niedriglohnbereich. Auch die folgenden Regierungen, ob Schwarz-Gelb oder GroKo, haben das Elend von Dumpinglöhnen und Transferleistungen, die sich am absoluten Minimum orientieren, fortgeführt und teils noch verschärft. Das hat zur Folge, dass Familien und Kinder in Armut leben. Die Corona-Pandemie hat die Lage weiter verschärft. Familien sind großen Belastungen ausgesetzt. Sie wurden während des ersten Shutdowns nahezu allein gelassen. Kitas, Schulen und die Kinder- und Jugendhilfe waren geschlossen oder schlecht erreichbar. Krisenbewältigung wurde zur Privatsache. Familien waren lange nicht im Fokus der Politik und sind es heute noch zu wenig. Soziale Probleme, psychische Belastungen und Kinderarmut haben sich verschärft. Wir kämpfen für einen stärkeren Fokus der Politik auf Familien und setzen uns dafür ein, dass die Auswirkungen der Krise abgefedert werden.

Auch unabhängig von der Pandemie brauchen wir eine echte Kindergrundsicherung. Wir wollen das Kindergeld für alle Kinder auf 328 Euro monatlich erhöhen. Kinder aus armen Familien erhalten zusätzlich zum Kindergeld einen Zuschlag. Der Zuschlag ist altersabhängig, denn Grundschulkin-

der brauchen mehr als Kindergar-

tenkinder und Jugendliche mehr als Grundschulkin-



Katrin Werner
Wahlkreis 203 Trier,
48 Jahre, Einzelhandelskauffrau
und Bundestagsabgeordnete,
kandidiert auf Listenplatz 2

Niemanden zurücklassen

DIE LINKE macht das Land gerecht – sozial und ökologisch – dafür tritt Bianca Steimle an.

Sie stehen auf Listenplatz 3 der Landesliste und kandidieren im Wahlkreis Kreuznach.

Was sollten wir über Sie wissen?

Bianca Steimle: Ich bin 46 Jahre, liiert, Erzieherin und wohne im schönen Bad Kreuznach an der Nahe. Bei ver.di bin ich im Sozial- und Erziehungsdienst organisiert. Nach meinem Studienabschluss im Bereich Umweltschutz war ich zehn Jahre in der Landschaftsplanung tätig. Seit 2010 lebe ich in meiner Wahlheimat, bin 2019 Mitglied der Stadtratsfraktion Bad Kreuznach geworden. Außerparlamentarisch engagiere ich mich in der Friedensbewegung und als aktives Mitglied in Vereinen des Natur- und Artenschutzes und im Netzwerk am Turm.

Das hört sich vielseitig an.

Sie bilden damit sowohl die soziale als auch die ökologische Verankerung der Partei DIE LINKE ab. Wo sehen Sie vor diesem Hintergrund

ihre politischen Schwerpunkte? Was denken Sie, was die Wählerinnen und Wähler vor Ort bewegt?

Als Stadträtin kümmere ich mich um bezahlbaren Wohnraum, Schutz des Stadtklimas, nachhaltige Verkehrsentwicklung, eine lebendige Innenstadt und den Erhalt eines für eine Kurstadt angemessenen Gesundheits-, Freizeit- und Kulturangebotes – kurzum alles, was Bürgerinnen und Bürger für ihr Leben vor Ort brauchen. Diese Anforderungen auf Bundesebene zu übertragen und daraus eine bürgernahe Politik zu machen, das ist mein Anspruch. Deshalb setze ich mich für einen bundesweiten Mietendeckel ein. Ich will Klimaschutz, der sozial gerecht finanziert wird und den Ressourcenschutz im Blick hat. Ich kämpfe für einen Mindestlohn von 13 Euro und die Anhebung des Rentenniveaus auf 53 Prozent und für Tier- und Verbraucherschutz, der unter anderem den Einsatz von Reserveantibiotika in der Tierhaltung verbietet.

Unser Programm macht viele Angebote, die ein demokratisches und soziales Gemeinwesen im Blick haben. Der Unterschied zu anderen Parteien: Wir stehen für konsequente Generationengerechtigkeit, die niemand zurücklässt,



Bianca Steimle
Wahlkreis 197 Neuwied,
46 Jahre, Erzieherin und
Diplom-Ingenieurin für Umweltschutz,
kandidiert auf Listenplatz 3

und wir wollen Frieden und Entspannung statt Milliarden für Aufrüstung.

Welche Themen rücken in der nächsten Legislaturperiode in den Vordergrund?

Ganz klar, die sozialen Folgen der Corona-Krise. Als Erzieherin weiß ich, welche Herausforderungen hier für systemrelevante Berufsgruppen bestehen. Auf keinen Fall dürfen die Menschen, die in dieser Krise besonders beansprucht waren, jetzt auch noch finanziell belastet werden. Stattdessen müssen die, deren Reichtum in der Krise weiter angewachsen ist, auch mehr zahlen. Die Pandemie zeigt, dass die Bundestagsmehrheit und die Regierung wichtige Pfeiler einer funktionierenden Gesellschaft vernachlässigt haben: Gesundheitsversorgung, Bildung und die Krankenhäuser und Heime sind da Stichworte. Ich kandidiere, weil die eine Stimme im Bundestag bekommen sollen, die den Laden am Laufen halten.

Mehr Geld für Kommunen

Pirmasens hat die höchste Pro-Kopf-Verschuldung Deutschlands. Elf der zwanzig höchstverschuldeten Städte und Gemeinden liegen in Rheinland-Pfalz. Das hat Folgen: Für den Ausbau von Kitas und die Sanierung von Schulen und Turnhallen das Geld, Kulturangebote, Beratungsstellen und Museen stehen auf der Kürzungsliste. Und wichtige, aber für Kommunen nicht verpflichtenden Aufgaben, wie der Betrieb eines Schwimmbads, fallen hinten runter. Nachdem die Schwimmbäder wegen der Corona-Pandemie schließen mussten, aber Kosten weiter liefen, denken einige Betreiber über Schließung nach, sollten die Kommunen nicht in der Lage sein, hier einzuspringen. Für diese Misere ist zuallererst die rot-grün-gelbe Landesregierung unter Mi-

nisterpräsidentin Malu Dreyer verantwortlich, da sie den Kommunen nicht die Mittel zur Verfügung stellt, die sie für die Erfüllung ihrer Aufgaben brauchen. Aber zur Wahrheit gehört auch, dass die Bundesregierung die Länder mit der Finanzierung der Kommunen weitgehend alleine lässt. Deshalb muss der Bund deutlich mehr Geld in die Strukturen vor Ort investieren, aber ohne den Kommunen die Freiheit zu nehmen, selbst über wichtige Projekte zu entscheiden.

Ich möchte mich im Bundestag dafür stark machen, dass Kommunen finanziell deutlich entlastet werden. Das zweite Thema, das ich im Bundestag voranbringen will, ist die Medienpolitik: Wir erleben eine beispiellose, weltweite Medienkonzentration. Wenige Kon-

zerne bestimmen, was veröffentlicht wird. Dabei geht es immer weniger um Zeitungen, Radio oder Fernsehen im klassischen Sinne: Google, Facebook und Twitter bestimmen längst die Inhalte, die wir zu sehen bekommen. Das gefährdet die Meinungsfreiheit. Wo gegen Gesetze und die Rechte anderer verstoßen wird, wo Hass und Hetze verbreitet werden, muss es Schranken geben. Doch dürfen diese nicht dazu führen, dass Meinungen unterdrückt werden. Konzerne sollen nicht über Inhalte und Zugang zum Internet entscheiden dürfen. Hier braucht es nicht nur besseren Datenschutz, sondern öffentlich betriebene Plattformen und nichtkommerzielle Formen, damit der Inhalt nicht den Wirtschaftsinteressen untergeordnet wird.



Jochen Bülow
Wahlkreis 201 Kreuznach,
56 Jahre, Journalist und
Vorsitzender des Kreisverbands Neuwied,
kandidiert auf Listenplatz 4



In Deutschland herrscht Pflegenotstand. Wie viele Pflegekräfte will DIE LINKE zusätzlich für Krankenhäuser und Pflegeheime gewinnen?

J: 130 000
K: 50 000
L: 200 000

Armut ist in Deutschland weit verbreitet. Wo liegt für DIE LINKE die Grenze für ein gerechtes Mindesteinkommen?

G: 446 Euro
H: 865 Euro
I: 1.200 Euro

Der Bestand an Sozialwohnungen geht seit Jahren zurück. DIE LINKE will gegensteuern und fordert ein Neubauprogramm. Wie viele Sozialwohnungen sollen so pro Jahr bundesweit entstehen?

M: 65 000
N: 250 000
O: 100 000

DIE LINKE will einen öffentlichen Transformationsfonds, der klimagerechte Arbeitsplätze für die Zukunft sichert und ein ökologisches Umsteuern fördert. Wie viele Jobs könnten so bis 2025 entstehen?

I: 130 000
J: 300 000
K: 1 000 000

Deutschland exportiert weiterhin Waffen in Krisengebiete, auch ins autokratisch regierte Ägypten. Welches Waffensystem lieferte Deutschland 2020 an Diktator al-Sisi?

E: U-Boot
F: Panzerhaubitzen
G: Luft-Boden-Raketen

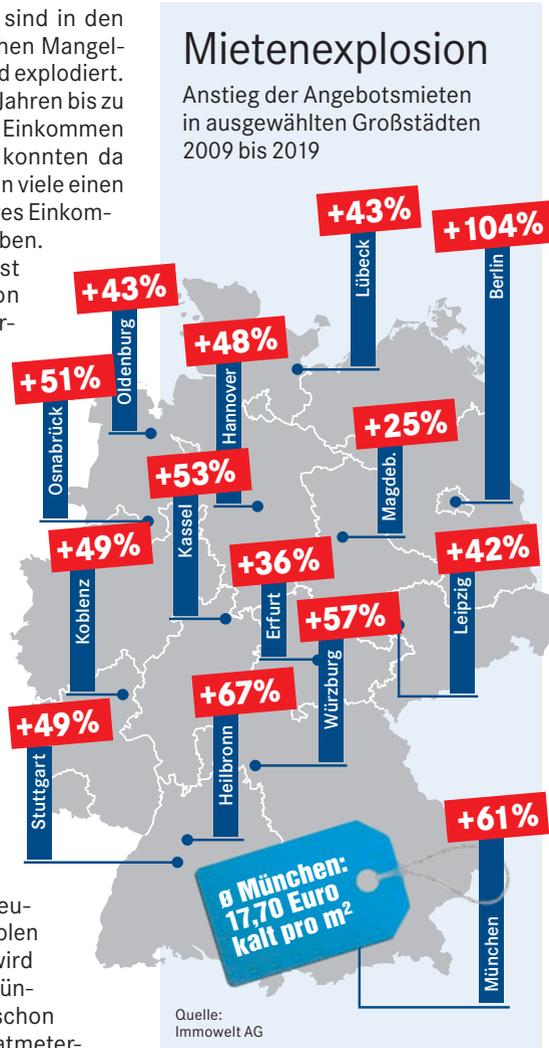
Lösungswort:

Die Teilnahme am Gewinnspiel ist für alle möglich, ausgenommen Mitarbeiter*innen der LINKEN und deren Angehörige. Bei der Auslosung der Gewinner sind der Rechtsweg und Barauszahlung ausgeschlossen. Die Lösung bitte bis zum 31. September 2021 senden an: DIE LINKE, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin oder per E-Mail an: gewinnen@die-linke.de. Alle Teilnehmenden stimmen zu, nach Ermittlung der Gewinner*innen eine Benachrichtigung zu erhalten, ob sie gewonnen haben oder nicht. Zum Zwecke der Benachrichtigung bitten wir auch bei postalischer Antwort um die Angabe einer E-Mail-Adresse. Die Angaben werden von der Partei DIE LINKE in ihrer Bundesgeschäftsstelle entsprechend den Bestimmungen der EU-Datenschutzgrundverordnung zum Zwecke der Benachrichtigung aller Teilnehmenden nach Abschluss des Rätsels verarbeitet und nach Benachrichtigung vollständig gelöscht. Weitere Hinweise zum Datenschutz und Ihren Rechten unter www.die-linke.de/datenschutz.

Die Mieten müssen runter!

Damit die Mieten sinken, braucht es einen bundesweiten Mietendeckel.

Bezahlbare Wohnungen sind in den meisten Städten inzwischen Mangelware, denn die Mieten sind explodiert. Allein in den letzten zehn Jahren bis zu einer Verdoppelung. Die Einkommen der meisten Menschen konnten da nicht mithalten. So müssen viele einen immer größeren Anteil ihres Einkommens für die Miete ausgeben. Der Wohnungsmarkt ist zum Tummelplatz von profitgierigen Konzernen geworden. Ganze Wohnungsbaugesellschaften und Bauland wurden an Miethäuser verschleudert. Der soziale Wohnungsbau ist fast zum Erliegen gekommen. Es fehlen mindestens fünf Millionen Sozialwohnungen in Deutschland. Oft wird behauptet, es müsse einfach mehr gebaut werden. Doch gerade in Städten, in denen viel gebaut wird, werden die Wohnungen teurer. Denn es werden vor allem Luxuswohnungen gebaut. In den beiden teuersten deutschen Metropolen München und Frankfurt wird am meisten gebaut. In München mussten Familien schon 2019 für eine 100-Quadratmeter-



Wohnung eine Warmmiete von rund 2.500 Euro zahlen. Die Bundesregierung hat in den letzten Jahrzehnten wenig für Mieter*innen getan. Sie hat tatenlos zugeschaut, wie die Mieten – und damit die Gewinne der Immobilienunternehmen – explodiert sind. Im Jahr 2015 hat die Regierung zwar eine Mietpreiskontrolle erlassen. Doch den drastischen Anstieg der Mieten hat sie nicht verhindert. Stattdessen hindert sie die Bundesländer daran, etwas gegen den Mietensinn zu tun. CDU und FDP haben dieses Jahr den Berliner Mietendeckel vor dem Bundesverfassungsgericht zu Fall gebracht. Die Immobilienlobby bedankt sich mit großzügigen Parteispenden. Allein die CDU hat hier im letzten Jahr Großspenden in Höhe von 1,25 Millionen Euro eingestrichen. Denn die hohen Mieten sind die Gewinngarantie für die Immobilienkonzerne.

DIE LINKE will verhindern, dass in Städten nur noch die Besserverdienenden wohnen, während Normalverdiener*innen weite Anfahrtswege auf sich nehmen müssen. Sie stemmt sich dagegen, dass Beschäftigte aus Vorstädten und Dörfern stundenlang unterwegs sind, weil sie sich nur noch dort eine Wohnung oder ein Haus leisten können. Es ist Zeit, die Notbremse gegen den Mietensinn zu ziehen und sich mit der Immobilienlobby anzulegen. Die Zeit ist reif für einen bundesweiten Mietendeckel, der Mieterhöhungen verbietet, Obergrenzen für Mieten festlegt und überhöhte Mieten wieder absenkt. Der Berliner Mietendeckel wurde vom Verfassungsgericht kassiert, weil solche Gesetze nur auf Bundesebene erlassen werden dürfen. Nun denn: Bei der Bundestagswahl am 26. September 2021 entscheiden die Mieter*innen. Die Zeit zu Handeln ist jetzt.

Das will DIE LINKE:

- **Bezahlbare Miete statt fetter Rendite!**
Bundesweiter Mietendeckel: Mieterhöhungen verbieten, Mietobergrenzen festlegen und überhöhte Mieten absenken.
- **Neubau für alle – statt Luxuspaläste für Reiche!**
250 000 neue Sozialwohnungen pro Jahr – mindestens!
- **Wir holen uns unsere Wohnungen zurück!**
Immobilien-Konzerne enteignen, Vorkaufsrecht für Kommunen stärken, Genossenschaften besser fördern

Klimaschutz: Konzerne sollen zahlen

Wie können wir die Klimakatastrophe verhindern? Derzeit sind viele Vorschläge auf dem Tisch: Verbote für die kleinen Leute, Anreize und Geldspritzen für die Konzerne. Wir sagen: Das ist falsch! Zweidrittel der weltweiten CO₂-Belastung wird von nur 100 Großkonzernen verursacht. So ist der Shell-Konzern von einem Gericht in den Niederlanden verurteilt worden, seinen CO₂-Ausstoß massiv zu senken. Das ist ein richtiger Schritt! Nehmen wir die Konzerne in die Verantwortung! Klar ist: Wenn wir die Katastrophe verhindern wollen, müssen wir unseren

Alltag ändern. Noch wichtiger ist es, den großen Konzernen strenge Vorgaben zu machen. Sie nicht nur mit Geld und Steuererleichterungen zu locken, während sie Milliarden für ihre Aktionäre scheffeln. Denn diese Steuergeschenke zahlen wir alle! DIE LINKE ist als einzige Partei bereit, sich mit den Konzernen anzulegen. Wir sorgen für faire Übergänge für alle in eine klimagerechte Zukunft. Niemand soll gezwungen sein, sich zwischen dem Arbeitsplatz und der Zukunft der eigenen Kinder und Enkel entscheiden zu müssen. Wer jetzt schon mit seinem Geld kaum über die Runden kommt, darf durch Klimaschutz nicht weiter benachteiligt werden. DIE LINKE will Job- und Einkommensgarantien für alle, die in Industrien im Übergang beschäftigt sind (»Transformationsfonds«). Wir müssen schnell raus aus Kohle und Atomstrom! Deshalb wollen wir erneuerbare Energien mehr fördern. Der Strom soll in Bürger*innenhand: Stadtwerke und Energiegenossenschaften, die sozial gestaffelte Preise bieten. Wir besteuern große Vermö-



Zwei Drittel der weltweiten CO₂-Belastung wird von nur 100 Großkonzernen verursacht.

gen und Erbschaften und finanzieren damit klimaneutrale Arbeitsplätze: In der Produktion von Schienen, Bus und Bahn und im Aufbau von Bildung, Erziehung und Gesundheit. Klimaschädliche Subventionen sparen wir ein: Keine Industrierabatte bei Ökosteuer und Netzentgelten und Schluss mit den Milliarden-Subventionen für Diesel und Kerosin.



»Wir sind Klimaretter und Teil der Verkehrswende. Trotzdem müssen wir immer wieder um faire Bezahlung kämpfen. Das ist ungerecht.«
Thomas Lutringer, Busfahrer

5 Schritte zum ÖPNV für alle

1. Bundesprogramm zur Förderung von mehr Strecken, bessere Taktung, mehr Personal, Fahrpreissenkungen. Mobilitätsgarantie auf dem Land
2. 15 Modellprojekte in Städten mit der höchsten Luftverschmutzung: Was wird besser mit dem kostenfreien ÖPNV?
3. Kinder, Jugendliche, Senior*innen, Menschen mit geringem Einkommen fahren ab sofort kostenfrei.
4. 365 Euro Jahres-Tickets
5. flächendeckend ÖPNV kostenfrei

Nebenwirkungen: bessere Luft, weniger Stress, bessere Verbindungen, 200 000 neue Arbeitsplätze, lebenswerte Städte

Waffenexporte verbieten

DIE LINKE ist die einzige Partei im Bundestag, die das Geschäft mit dem Tod stoppen will.

Immer dann, wenn es um Pflegekräfte, Sozialwohnungen, Kitaplätze oder Schulen geht, ist das Geld in Deutschland knapp. Wenn es aber um Panzer, Drohnen oder Kampfflugzeuge oder Bauteile dafür geht, gibt es Geld im Überfluss. Die Ausgaben für Rüstung steigen seit Jahren – selbst während der Coronapandemie. Seit Jahren beteiligt sich Deutschland an einem von der NATO angefeuerten Rüstungswettlauf. Das Ziel lautet: Jedes Nato-Mitglied soll so viel Geld wie möglich für Rüstung ausgeben – mindestens 2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Und seit Jahren tun Union und SPD alles, um dieses Ziel zu erreichen (siehe Grafik »So wird Deutschland hochgerüstet«). Unser Ziel ist, die Ausgaben für Rüstung in den kommenden Jahren drastisch zu senken – um 10 Prozent jährlich, in Deutschland und weltweit. Denn diese Milliarden fehlen beim Ausbau des Gesundheitssystems, der sozialen Infrastruktur, bei Bildung und Klimaschutz – in unserem Land und auch in anderen Regionen der Welt.

Derzeit befinden sich circa 2000 Soldat*innen der Bundeswehr in Auslandseinsätzen. Diese Einsätze haben die Welt jedoch nicht sicherer, sondern nur unsicherer gemacht. Das zeigt der nach 20 Jahren gescheiterte Einsatz in Afghanistan. Wir wollen Alternativen: Der Katastrophenschutz muss besser ausgestattet und zudem mehr Geld für gerechte Wirtschaftsbeziehungen und nachhaltige Entwicklungszusammenarbeit eingesetzt werden. Das hilft allen. Dazu gehört auch, endlich konsequent Waffenexporte zu verbieten.



Ausgewählte Waffenexporte aus Deutschland

Situation in der Türkei: Militär ist völkerrechtswidrig im Norden Syriens einmarschiert, beteiligt am Krieg in Libyen, Luftangriffe auf den Irak, beteiligt am Krieg Aserbaidschan gegen Armenien, sowie Konflikte mit Griechenland und Zypern
Lieferung: Material für Kampfdrohnen, Kriegsschiffe, U-Boot-Komponenten

Situation in Indien: Grenzkonflikte mit Pakistan und China, Menschenrechtsverletzungen durch Polizei und Sicherheitsbehörden, Militarisierung des Indischen Ozeans wird vorangetrieben
Lieferung: Teile für U-Boote und Kampfschiffe, Raketen, Flugkörper

Situation in Ägypten: Ägyptische Armee beteiligt an den Kriegen im Jemen und in Libyen, schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen, Militär hat großen Einfluss in der Regierung, Konflikt zwischen Ägypten und Äthiopien um die Nilnutzung
Lieferung: U-Boote, Flugkörper, Zielerfassungssysteme

Situation in Katar: Am Krieg im Jemen beteiligt, unterstützt islamistische Gruppierungen in vielen Ländern, systematische Menschenrechtsverletzungen, Spannungen mit Nachbarstaaten
Lieferung: Panzerfahrzeuge, Raketensysteme



Deutschland exportiert den Tod

Rüstungsexportgenehmigungen gesamt

Denn diese sind mitverantwortlich für eine immer unsicherer werdende Welt. Deutsche Waffen, Bauteile, Komponenten und Zube-

eine gerechtere Welt aufzubauen. DIE LINKE steht deshalb für gewaltfreie Konfliktlösung und grenzübergreifende Kooperation sowie praktische Entwicklungszusammenarbeit statt Rüstungsexporte und Auslandseinsätze der Bundeswehr.

- ### Das will DIE LINKE
- Rüstungsexporte verbieten
 - Abzug der Bundeswehr aus allen Auslandseinsätzen
 - Gelder für Auslandseinsätze in zivile Aufbau- und Friedensprogramme investieren
 - Keine Bundeswehrreklame an Schulen, keine Anwerbung von Minderjährigen
 - Keine Killerdrohnen für die Bundeswehr
 - Atomwaffen raus aus Deutschland



hör finden weltweit ihren Absatz. Die Bundesregierung lässt dabei sogar an Länder liefern, die sich in Krisen- und Konfliktregionen befinden, Menschenrechte massiv verletzen oder sich gar selbst aktiv an Kriegen beteiligen. Waffenexporte aus Deutschland schaffen neue Konfliktherde und Ursachen für Gewalt, Terror und Unterdrückung. Sie bewirken, dass immer wieder neu Menschen vor Tod und Vertreibung flüchten müssen. Das Verbot von Waffenexporten ist deshalb eine Möglichkeit, Menschen vor Ort zu helfen, und ein Baustein,

Wir sind DIE LINKE. nicht käuflich!

DIE LINKE nimmt keine Spenden von Konzernen und Lobbyisten. So bleiben wir unabhängig.

Deshalb sind Spenden von Menschen wie Ihnen so wichtig für DIE LINKE. Mehr unter: www.die-linke.de/spenden

DIE LINKE. Parteivorstand
IBAN: DE38 1009 0000 5000 6000 00
BIC: BEVODE33
Berliner Volksbank eG
Kennwort: Spende

Gleiche Rechte für alle!

Deutschland ist Heimat für Menschen mit unterschiedlichen Geschichten. Aber viele Menschen dürfen nicht wählen, obwohl sie seit Jahrzehnten hier leben, arbeiten und Steuern zahlen. Mit dem »falschen« Nachnamen oder Aussehen gehen plötzlich viele Türen zu: bei der Wohnungssuche, in der Schule, bei der Bewerbung auf eine Arbeitsstelle. Menschen mit Einwanderungsgeschichte sind häufiger von Armut und Arbeitslosigkeit betroffen. Auch weil sie durch unsicheren Aufenthaltsstatus leichter in schlechte Löhne gedrängt werden können. Wir sagen: Diskriminierung und Rassismus nicht mit uns! Ungleiche Löhne, ungleiche Chancen auf ein gutes Leben zwischen Männern

und Frauen, zwischen Ostdeutschen und Westdeutschen, zwischen Deutschen und Nichtdeutschen schaden uns allen. Wir wollen eine Gesellschaft, die frei ist von Ausgrenzung und Ausbeutung und die jede*n mitnimmt. Entscheidend ist für uns, dass alle, die hier leben, gleiche Rechte haben - in allen Lebenslagen. Mit einem funktionierenden Sozialstaat und guten öffentlichen Dienstleistungen. Wir wollen, dass Demokratie mehr ist, als alle vier Jahre unsere Stimme abzugeben. Demokratie soll heißen: Das ist unser Land, unsere Stadt, unser Betrieb, unsere Gesellschaft. Hier sind wir zu Hause, hier bestimmen wir zusammen über unsere Zukunft.



»Jeder Mensch, der fliehen muss, sollte Schutz und eine Perspektive bekommen. Wer Waffen exportiert, befördert Krieg und zwingt Menschen, ihre Heimat zu verlassen.«
Hani Balbicy, Geflüchteter

So machen wir das Land gerecht

Deutschlands Reiche haben in der Corona-Krise Milliarden gemacht, holen wir uns das Geld zurück.

Die Familie Albrecht, der Aldi Nord und Süd gehören, besitzt fast 60 Milliarden Euro. Sie zählt zu den Superreichen in unserem Land – und zu den größten Profiteuren der Corona-Krise. Ihr Vermögen ist im letzten Jahr um 6,5 Milliarden Euro gewachsen. Um so viel zu verdienen, müsste eine Aldi-Kassiererin mehr als 300 000 Jahre arbeiten.

Deutschland gilt als eines der reichsten Länder der Welt. Doch noch nie war das Geld hierzulande so ungleich verteilt: Allein die 45 reichsten Haushalte besitzen so viel wie die gesamte ärmere Hälfte der Bevölkerung. Jahrzehntelang ist in Deutschland eine Vermögensteuer erhoben worden. 1997 wurde sie abgeschafft. Das Ergebnis: Die Reichen werden immer reicher. Auf der anderen Seite fehlt das Geld:

In vielen Schulen funktionieren die Toiletten nicht, Krankenhäuser werden privatisiert oder geschlossen. Immer weniger Kinder lernen schwimmen, weil Schwimmbäder schließen. Es fahren nicht genug Busse und S-Bahnen. Es fehlen Lehrer*innen und Erzieher*innen. Für DIE LINKE ist klar: Geld ist genug da. Es ist nur falsch verteilt.

Geld ist genug da – es ist nur falsch verteilt

Die Steuern auf große Vermögen – wie das der Familie Albrecht – müssen erhöht werden. Auch bei der Einkommensteuer muss es gerechter zugehen: Auf Spitzen einkommen müssen mehr Steuern gezahlt werden. Hingegen sollen Einkommen unter 1.200 Euro im Monat steuerfrei sein. Wer als Single monatlich bis zu 6.500 Euro brutto

bekommt, zahlt weniger Einkommensteuern als bisher. Wer mehr hat, mehr.

Wenn auch Vermögen und hohe Einkommen angemessen an der Finanzierung der Aufgaben, die uns alle angehen, beteiligt werden, steht mehr Geld zur Verfügung: für Schulen und bezahlbare Wohnungen. Für mehr Personal und bessere Bezahlung in Gesundheit und Pflege. Mit unserem Zukunftsinvestitionsprogramm können wir eine Million gut bezahlte Arbeitsplätze schaffen. Wir

wollen jährlich über 120 Milliarden allein für dringend benötigte Investitionen ausgeben, den Sozialstaat sichern und einen Rettungsschirm für Beschäftigte aufspannen, deren Branchen sich grundlegend wandeln. Dann wäre Deutschland wirklich ein reiches Land.



Einsparungen und Refinanzierungen
Mehreinnahmen aus Steuern und Rückflüssen aus Investitionen, weniger Rüstungsausgaben und umweltschädliche Subventionen

Steuern auf Konzerngewinne und Aktiengeschäfte
Corona-Abgabe für Superreiche

Vermögensteuer

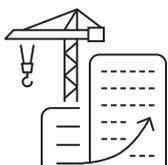


Bessere Gesundheit

- Krankenhäuser und Pflegeheime zurück in öffentliche Hand holen
- 500 Euro mehr Grundgehalt pro Monat für alle Pflegekräfte
- Abschaffung der Zweiklassenmedizin

Soziale Sicherheit

- Armut beenden: Rentenerhöhung und 1.200 Euro Mindestrente
- höheres Kindergeld/ Kindergrundsicherung
- Hartz IV überwinden

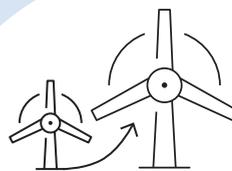


Mehr bezahlbare Wohnungen

- 250 000 Sozialwohnungen jährlich
- 130 000 kommunale Wohnungen pro Jahr
- ökologische Modernisierung nicht auf Kosten der Mieter*innen

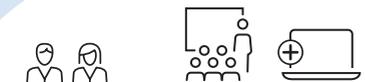
Rettungsschirm für Beschäftigte

- keine Entlassungen durch ökologischen Umbau
- Arbeitszeitverkürzung
- Weiterbildungsgarantie



Energiewende

- erneuerbare Energien
- Netzausbau für schnelles Internet fördern



+ 100 000 Lehrkräfte

+ 200 000 Erzieher*innen

Gute Bildung für alle

- Schulen renovieren
- Laptops für alle
- mehr Kitaplätze
- mehr BAföG



Verkehrswende

- kostenfreien ÖPNV fördern
- Bus und Bahn fahren öfter
- Förderung von Schienenverkehr und Schienenproduktion

+ 200 000 neue Arbeitsplätze

+ 100 000 neue Arbeitsplätze



»Ich wähle DIE LINKE, damit in unserem reichen Land keine Rentnerin und kein Rentner im Alter von Stütze leben muss.«
Delia Hinz, Rentnerin

1.200 Euro Mindesteinkommen statt Armut

Deutschland ist eines der reichsten Länder der Welt. Niemand sollte hier in Armut leben müssen. Nicht die erwerbslose Mutter, die ihrem Kind keinen neuen Schulranzen kaufen kann. Nicht der Rentner, der Pfandflaschen sammeln muss, um über den Monat zu kommen. Nicht die Beschäftigten in Kurzarbeit, die nicht mehr wissen, wie sie ihre Familie durch diese schwierige Zeit bringen sollen. Doch das ist leider viel zu häufig traurige Realität. Armut grenzt die Menschen aus, gerade in

einem reichen Land. Mit weniger als 1.200 Euro im Monat droht Armut. Um alle sicher vor Armut zu schützen, will DIE LINKE deshalb eine Mindestsicherung von 1.200 Euro statt Hartz IV. Eine Mindestrente von 1.200 Euro verhindert Altersarmut.

Corona hat deutlich gemacht: Wer ohnehin wenig verdient und dann nur noch 60 oder 67 Prozent des

Mehr zu unserem Wahlprogramm: die-linke.de/wahlen



Lohns erhält, kann davon nicht mehr leben. Deswegen darf auch in Kurzarbeit niemand weniger als 1.200 Euro verdienen. Außerdem darf niemand dadurch arm werden, dass das schmale Einkommen versteuert wird und deshalb am Ende weniger als 1.200 Euro übrig bleiben. Deshalb werden 1.200 Euro im Monat steuerfrei.